

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 4 (1924-1925)
Heft: 12

Artikel: Die Balkanstaaten : politische und wirtschaftliche Lage
Autor: Boghitschewitsch, M.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-155392>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Balkanstaaten.

(Politische und wirtschaftliche Lage.)

Von M. Boghitchewitsch.

I.

Die Friedensverträge, welche den Weltkrieg zum Abschlusse brachten, und die ganz neue Machtverhältnisse schufen, haben sowohl für Sieger wie Besiegte Wirkungen gezeitigt, die das gerade Gegenteil von dem darstellen, was erreicht werden sollte. Der militärische Imperialismus ist nicht beseitigt, er treibt neue Blüten im Westen und Osten Europas, das neue Rußland mit inbegriffen, die Existenz- und Gleichberechtigung der kleinen Staaten ist mehr denn je in Frage gestellt, der Schutz der nationalen und religiösen Minderheiten in den neu gebildeten Staaten ist, trotz des Völkerbundes, jeder Willkür preisgegeben, noch nie dagewesene innere Gegensätze lähmen die Entwicklungsmöglichkeiten dieser staatlichen Gebilde, üben den schädlichsten Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung Europas und balkanisierten Gebiete, von denen man es nicht für möglich gehalten hätte, daß sie einer solchen inneren Zersetzung fähig sein würden. Gleichgewichtspolitik, Geheimdiplomatie und als Folge geheime Allianzen, treiben weiter ihr Unwesen, einer objektiven Prüfung des Anteils der einzelnen Staaten bezüglich der Kriegsschuld geht man noch immer aus dem Wege. Das Mißtrauen gegen den Völkerbund kann noch immer nicht schwinden, namentlich wegen der Nichtbeteiligung der Vereinigten Staaten, Rußlands und Deutschlands. Auch der Möglichkeit realer Sicherheiten für angeblich bedrohte Staaten steht man weiter skeptisch gegenüber und selbst die Hoffnung auf Erfüllung der in den Friedensverträgen stipulierten Reparationen ist infolge der verfehlten Nachkriegspolitik in dieser Beziehung bei den Siegerstaaten auf ein Mindestmaß reduziert. Es wird sogar Sabotage beim säumigen Schuldner vermutet. Das Empfinden einer großen Ungerechtigkeit auf der einen Seite, auf der andern Seite das Bestreben, den neuen, vielfach ungerechten Besitzstand um jeden Preis und mit allen Mitteln zu erhalten, erschwert jede aufrichtige Verständigungsmöglichkeit und läßt eine Konsolidierung der Verhältnisse in Europa nicht zu.

Die gegenwärtige Lage auf dem Balkan gibt ein treffendes Bild der unkonsolidierten Zustände in Europa.

II.

Der neugeschaffene jugoslawische Staat der Serben, Kroaten und Slowenen hatte von seiner Gründung an mit großen inneren Schwierigkeiten zu kämpfen, weil für die früher zu Österreich-Ungarn gehörigen Gebiete nicht jene Voraussetzungen eingetreten sind, welche die damaligen Anhänger einer Vereinigung mit Serbien (Trumbitsch Supilo u. a. m.) auf Grund der sogenannten Deklaration von Korfu

vom Jahre 1917 erwarteten. Nach dem Geiste dieser serbischerseits von Pasitsch unterzeichneten Deklaration hätte der neuzuschaffende Staat auf Grund voller Gleichberechtigung aller Teile, d. h. auf föderalistischer Grundlage gegründet werden müssen. Allein die Vorbesprechungen zwischen den früheren südslawischen Abgeordneten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie und den serbischen Skupstinaabgeordneten zwecks Einberufung der großen Nationalversammlung zur Ausarbeitung und Votierung einer einheitlichen Verfassung für den neuen Staat führten zu keiner Einigung. Mit geringer Mehrheit kam die sogenannte Vidovdanverfassung zustande.

An dieser Beschlußfassung beteiligten sich zwar Serben, Slowenen und die mohammedanischen Parteien Bosniens und Mazedoniens, dagegen nahmen die Kroaten bereits damals an der Abstimmung nicht teil und betrachteten daher die neue Verfassung als eine ihnen aufoktroierte. Von serbischer Seite trat damals nur der bekannte radikale Führer, Stojan Protitsch, mit einem Gegenentwurf für die kroatische Auffassung ein, während sich die serbische demokratische Partei noch nicht in diesem Sinne deklariert hatte.

Bei den darauffolgenden Wahlen für die Nationalversammlung (Skupstina) errang die kommunistische Partei bedeutende Erfolge, was jedoch nicht als Zeichen kommunistischer Orientierung großer Volksschichten, sondern als Ausdruck stark um sich greifender Unzufriedenheit über die innere Politik der serbischen Regierungen zu deuten war. Von diesem Zeitpunkte an wurde in Belgrad der Weg der Ungezügelmäßigkeit und terrorisierenden Unduldsamkeit gegenüber den Nationalitäten und oppositionellen politischen Parteien beschritten. Ein Ausnahmegesetz gegen die Kommunisten wurde erlassen. Diese Partei wurde auf administrativem Wege aufgelöst und vogelfrei erklärt. Diese Gewaltmaßregel kostete dem Minister des Innern, Draskovitsch, kurze Zeit darauf das Leben. Die unfruchtbare gesetzgeberische Tätigkeit und die weiteren politischen und administrativen Maßnahmen der serbischen Regierungen und das Mißtrauen gegenüber der Bevölkerung der neu erworbenen Gebiete, sowie die völlige Unzulänglichkeit der serbischen Beamtenschaft in kultureller, moralischer und diensttechnischer Beziehung trugen das ihrige bei, die Entfremdung und Aversion zwischen den Teilen des neuen Staates stetig zu vergrößern. So geschah es, daß sich die führenden Politiker der einzelnen Nationalitäten und Parteien, wie Trumbitsch, Korosetsch, Spaho, Raditsch und selbst serbische Politiker wie Davidovitsch, Belikovitsch, Joza Jovanovitsch, Prodanovitsch u. a. m. und mit ihnen ganze Parteien, wie die muslimanischen Gruppen, die Dzemietpartei und die Spahopartei, die slowenischen Klerikalen und der große kroatische Block und die deutsche Partei, von den serbischen radikalen Regierungsmethoden abwendeten, bis es dazu kam, daß im Frühjahr vorigen Jahres die radikale Partei im Parlamente in die Minderheit verfeßt wurde und ein großer oppositioneller Block alle Unzufriedenen vereinte, mit dem Ziele, in letzter Stunde eine Verständigung der Nationalitäten auf paritätischer Grundlage zu versuchen.

Es gab einen Augenblick, wo eine Wendung zum Besseren einzutreten schien, als sich die Krone nach langem Sträuben entschloß, die Regierung Davidovitsch zu berufen, deren Hauptaufgabe darin bestand, die Fehler der radikalen Regierungen und die Bedrückungen der Nationalitäten und nationalen Minderheiten wieder gutzumachen. Die Beamten-Korruption, die bis zu den Ministern selbst eingerissen war, sollte durch energische Abwehrmaßnahmen und Versetzung von besonders kompromittierten Ministern in den Anklagezustand beseitigt und ein wirklich parlamentarisches Regime eingeführt werden. Dieser kurze Versuch scheiterte an dem Mißtrauen der Krone, die gestützt von einer Militärfamarrilla und der radikalen Partei, dieser Regierung ein jähes und unparlamentarisches Ende bereitete. Die Reaktion und Gewalt-herrschaft trat wieder in Belgrad ihre düstere Herrschaft an. Unter dem Deckmantel des Zentralismus und einer angeblichen bolschewistischen Gefahr, die in Jugoslawien nicht besteht, wurden alle oppositionellen Parteien, wie man es aus den Zeitungen jeden Tag ersehen kann, mit den politisch verwerflichsten Mitteln der Bestechung, der Drohungen und Einschüchterungen, des Wahlterrors, der Inszenierung von Hochverratsprozessen, der Mißachtung gerichtlicher Entscheidungen in einer selbst für Balkanbegriffe noch nie dagewesenen terroristischen Weise bekämpft. Das Obznanagesetz, ursprünglich nur gegen Kommunisten und Aufrührer erlassen, soll jetzt gegen das ganze kroatische Volk in Anwendung gebracht werden. Man kann wohl sagen, daß dreiviertel der Bevölkerung in Jugoslawien gegen das heutige Regime ist und daß der laute Ausbruch dieser tiefgehenden Unzufriedenheit nur durch den Militär- und Polizeiterror niedergehalten wird.

Die kroatische Frage ist der wundeste Punkt im neugeschaffenen jugoslawischen Staate, und die Unfähigkeit, eine Verständigung mit diesem auf hoher Kulturstufe stehenden Brudervolke zustande zu bringen, das immer westlich orientiert gewesen ist, kann von den verhängnisvollsten Wirkungen für den Bestand des neuen Staates werden.

Unter der Dynastie der Habsburger war das in seiner großen Mehrheit katholische kroatische Volk durch und durch monarchisch gesinnt und es hätte von Belgrad aus der geschicktesten Politik bedurft, um es der orthodoxen Dynastie der Karageorgevitsch näher zu bringen. Die verfehlte Politik diesem Volke gegenüber hat dazu geführt, dasselbe dem serbischen monarchischen Staatsgedanken ganz zu entfremden und die Kroaten zu überzeugtesten Republikanern zu machen. Aus diesem Grunde war es dem Führer der kroatischen Bauernpartei, Stefan Raditsch, ein Leichtes, das ganze Volk für seine politischen Ideen, die nicht immer folgerichtig waren und die des öfteren eine konstruktive politische Tätigkeit vermissen ließen, zu gewinnen. Seine politische Macht ist heute in Kroatien eine unumschränkte. Jeder Versuch, ihn von Belgrad aus politisch zu diskreditieren, zeitigt nur eine entgegengesetzte Wirkung. Raditsch selbst verkörpert in einer hochinteressanten Art und Weise eine Vermischung von Religiosität, Bildung, Schlaueit, Verschlagenheit, gepaart mit einer gewissen Romantik und Verworrenheit und Sprung-

haftigkeit. Seine Mentalität steht im schroffen Gegensatz zu der derben und nur auf dem Gewaltprinzipie fußenden Denkungsart der meisten serbischen Politiker. Dieser Kampf mit so ungleichen Mitteln erschwert jede Verständigungsmöglichkeit. Als er sich auf legalem Wege, den er auf Anraten der englischen Arbeiterpartei, als diese in England am Ruder war, beschritt, nicht durchzusetzen vermochte wegen der Hinterhältigkeit der radikalen Partei und der Krone, als er vergeblich für sein bedrücktes Volk die Hilfe des Völkerbundes, die auch in diesem Falle wie in so vielen anderen versagte, angerufen hatte, wandte er sich nach Moskau um Hilfe und gab damit der serbischen Regierung den günstigen Vorwand, ihn und das ganze kroatische Volk bolschewistischer Gesinnungen und Zettelungen zu bezichtigen und als staatsfeindlich zu verfolgen.

Trotz dieser Parole und des Wahlterrors seitens der Regierung, brachten die Wahlen nur geringe Änderungen in dem Zahlenverhältnisse der Parteien. Die Radikalen drückten zwar eine geringe Majorität durch, vermochten aber keine Sprengung des die bisherige Stärke siegreich behauptenden kroatischen Bloßes herbeizuführen, gingen geschwächt aus dem Wahlergebnisse in Montenegro hervor, die slowenische Volkspartei (Korošec) erlitt ebenfalls keine Einbuße, ebenso wenig die bosnische Spahopartei und die demokratische Partei hatte einen Stimmenzuwachs sogar in Serbien selbst zu verzeichnen. Alle angeblichen Verständigungsversuche der Opposition mit der heutigen Regierung entbehren jeder Grundlage und die Führer derselben haben bereits beschlossen, mit Einschluß der Raditschpartei einen oppositionellen Bloß unter dem Titel: „Vereinigung der Parteien der nationalen Verständigung und der Bauerndemokratie“ zu bilden und haben ihre neue Taktik protokolllarisch festgelegt. Die Arbeitsfähigkeit des neuen Parlamentes ist wieder in Frage gestellt.

Die heutige Dynastie in Jugoslawien hat sich wegen ihrer geringen kulturellen und moralischen Qualitäten selbst im alten Königreiche nie besonderer Beliebtheit erfreut. In den neuermorbenen Gebieten verfügt sie, wie bereits erwähnt, über gar keinen Anhang und ist daher gezwungen, sich einzig auf die Macht der Bajonette (die weiße Hand) und die radikale Partei, mit der sie in keineswegs einwandfreier Weise eng verknüpft ist (Verpflichtungen finanzieller Art, der Salonkiprozess u. a. m.), zu stützen. Sie ist heute mehr denn je um ihren Bestand besorgt und nur von diesem Standpunkte sind alle ihre reaktionären Maßregeln zu erklären.

Heute dreht sich, sogar selbst im alten Königreiche, der politische Kampf nicht mehr um die Frage der Parteizugehörigkeit — ob radikal, ob demokratisch —, sondern, und dies sogar im Bauernstande, bereits um die Frage der Staatsform, Monarchie oder Republik.

Während in den ersten Jahren des Bestandes des neuen Staates die Dynastie als das Bindeglied der verschiedenen Teile angesehen wurde, ist nach der politischen Entwicklung der letzten Jahre gerade die Dynastie bei dem größten Teile der Gesamtbevölkerung das Haupthindernis für

eine Verständigung der Nationalitäten und für die Konsolidierung des neuen Staates.

Die serbischen Regierungen bemühen sich zwar mit Hilfe eines mächtigen propagandistischen und publizistischen Apparates im Auslande die heutige politische und wirtschaftliche Lage Jugoslawiens in günstigem Lichte darzustellen, und die kleine Entente hat zu diesem Zwecke sogar ein deutsches Organ in Prag, „Die Prager Presse“, gegründet. Serbische amtliche Kreise versuchen auch in neutralen Blättern (*Journal de Geneve*, *Basler National-Zeitung* u. a. m.) Stimmung für das heutige Regime zu machen. Selbst in England ist die Tätigkeit in dieser Beziehung eine äußerst rege. Auch einzelne ausländische Publizisten, wie Auguste Gauvain vom *Journal des Débats*, der deutsche Sozialdemokrat Hermann Wendel, ständiger Mitarbeiter der „Prager Presse“, und der bekannte englische Publizist R. W. Seton Watson (*Scotus Viator*) treten mit Eifer für das heutige Regime in Serbien ein. Das hindert jedoch nicht, daß selbst in ernstesten englischen und französischen publizistischen Kreisen, die den heutigen Regierungen dieser Länder nahe stehen, abfällige Kritiken über die serbischen Regierungsmethoden veröffentlicht werden.

Was die Presse in Jugoslawien selbst betrifft, sind Konfiskationen oppositioneller Blätter, namentlich der kroatischen, wie z. B. „*Hrvat*“, „*Slobodni Dom*“ und der Belgrader Blätter „*Nowosti*“ (Neuigkeiten) und „*Republika*“ auf der Tagesordnung. Da das heutige Pressegesetz trotz alledem eine noch nicht genügende Handhabe bietet, die Verbreitung ungünstiger Nachrichten zu verhindern, hat die serbische Regierung einen neuen Pressegesetzentwurf vorbereitet, der mit drakonischen Strafen jede Propaganda gegen die Dynastie und für eine republikanische Regierung bedroht. Nach dieser Vorlage können der Regierung unliebsame Zeitungen ohne weiteres unterdrückt werden, wenn sie nicht bloß den obigen Bestimmungen, sondern auch zahlreich anderen nicht entsprechen, so z. B. wenn sie der Verletzung der öffentlichen Moral — ein sehr dehnbarer Begriff — nach Ansicht der Regierung Vorschub leisten. Ausländische Korrespondenten, die ihren Blättern wahrheitsgemäß berichten, werden kurzerhand ausgewiesen, ausländischen Zeitungen auf Grund geringster ungünstiger Berichte über die Lage in Serbien sofort das Postdebit entzogen. Das größte und vornehmste europäisch redigierte kroatische Blatt, der „*Obzor*“, ist vor einigen Tagen von einer größeren Gruppe radikaler Politiker zum Preise von 30,000,000 Dinar angekauft worden. Es ist bereits in der Schreibweise dieses Blattes, das bis jetzt eine unabhängige Haltung eingenommen hatte, eine sichtbare Schwenkung eingetreten.

Was alles in dieser Beziehung der öffentlichen Meinung Europas bezüglich der angeblich günstigen Lage der Balkanstaaten zugemutet wird, beweisen zwei Auslassungen amtlicher serbischer und rumänischer Stellen. In einem Artikel in der Wiener „*Neuen Freien Presse*“ vom 25. Dezember vorigen Jahres, dessen Verfasser der serbische Minister des Außern, Momtschilo Nintschitsch, selbst ist und der den verheißungs-

vollen Titel führt: „Ein Faktor des Friedens im Südosten Europas“, erkühnt sich dieser zu folgender Behauptung:

„Wenn Mitteleuropa, wie oft erklärt wurde, durch die Friedensverträge balkanisiert worden ist, dann ist der Balkan durch die Bildung und Stärkung des Königreichs S. S. S. entbalkanisiert worden.“

Der rumänische Gesandte in Wien, Mitilineu, äußerte sich am 5. Juni v. J. anlässlich der Verbreitung ungünstiger Nachrichten in der europäischen Presse über Rumänien, wieder der „Neuen Freien Presse“ gegenüber, folgendermaßen:

„Die königlich rumänische Gesandtschaft dementiert auf das Entschiedenste die alarmierenden, phantastischen Gerüchte, die in den letzten Tagen über Rumänien verbreitet wurden. Diese Gerüchte entbehren jeder Begründung und entspringen offenbar einem Börsenmanöver. Die öffentliche Meinung und die Presse Österreichs können sich vor solchen Meldungen in sicherer Weise schützen, wenn sie sich vor Augen halten, daß Rumänien durch seine Gesetzgebung und seine neuesten Reformen das letzte Land Europas ist, in dem derartige revolutionäre Bewegungen vorkommen können.“

Die Wiener „Neue Freie Presse“, welche in der Zeit der Habsburgermonarchie das Organ des Ballhausplatzes gewesen ist und zahlreiche Abonnenten in allen Teilen der Monarchie hatte, ist jetzt lediglich das Organ eines kleinen Staates und kämpft gerade so um ihre Existenz, wie dieser Staat selbst. Sie muß daher bestrebt sein, ihren Abonnentenkreis in den Sukzessionsstaaten zu erhalten und ist deshalb gezwungen, ein Sprachrohr der amtlichen Propaganda aller Sukzessionsstaaten der Monarchie zu sein, der Not gehorchend und nicht dem inneren Triebe. Selbst wenn man diesen mildernden Umstand anerkennen will, so ist trotzdem nicht zu verkennen, daß dieses früher so angesehene Blatt in dieser Beziehung viel zu weit geht und dadurch stark diskreditiert worden ist.

Daß solche politische Zustände die wirtschaftlichen Verhältnisse, die infolge des Reichtums des Landes die günstigsten sein könnten, auf das Ungünstigste, namentlich mit Rücksicht auf die Beziehungen zum Auslande, beeinflussen müssen, liegt auf der Hand. Übrigens läßt sich nicht nur in Jugoslawien, sondern auch in den übrigen Balkanstaaten, insbesondere in Rumänien, feststellen, daß die einzelnen Gebiete in den neugeschaffenen Staaten, infolge der inneren Lage, in industrieller und wirtschaftlicher Beziehung lange nicht mehr das leisten, was sie vor dem Kriege produziert haben. Der Grund liegt nicht nur in der schlechten Verwaltung und administrativen Verwahrlosung, sondern auch darin, daß die serbische Regierung durch ihre zentralistische Eisenbahn- und Wirtschaftspolitik vor allem das alte Serbien zu begünstigen bestrebt ist und für dasselbe eine Vorzugsstellung beansprucht.

Die wirtschaftliche Herabdrückung so reicher, früher zu Ungarn gehöriger Gebiete, wie der Batschka, der Voivodina und des Banats ist

auch dadurch erfolgt, daß man den alten Grundbesitz und zwar nicht bloß des alten ungarischen Großgrundbesizers, sondern auch des dortigen, seit Jahrhunderten auf Musterwirtschaften siedelnden deutschen Bauers (der sogenannten Schwaben), zum großen Teile konfiszierte und darauf eine Bevölkerung aus Mtserbien und Mazedonien ansiedelte, die den Boden nach Urväter Art mit dem hölzernen Hackpflug zu bearbeiten gewohnt ist und von modernen wirtschaftlichen Methoden keine Ahnung hat.

Diese Verwahrlosung hat auch platzgegriffen in Bezug auf die Zustände der Bergwerke in Bosnien und ähnlich verhält es sich auch mit der sonstigen Kultivierung des Landes in einzelnen anderen Gebieten.

III.

Auch Bulgarien steht gegenwärtig unter einer diktatorischen Herrschaft. Allmächtig ist dort die bulgarische Offiziersliga mit dem General Wulkoff an der Spitze. Das Kabinett Zankoff, welches nominell die Geschäfte führt, ist vollständig von dem Willen dieser Offiziersliga abhängig. Drei Minister desselben sind Mitglieder der Offiziersliga, der Minister des Innern, Russjoff, der Minister des Außern, Oberst Kalkoff, und Wulkoff selbst als Kriegsminister. In der Bevölkerung genießt diese Regierung nur wenig Vertrauen. Käme es unter dem heutigen Kabinette zu freien Wahlen, was ebenfalls wie in Serbien ganz ausgeschlossen ist, so würde die Agrarpartei, die derzeit in drei Gruppen zerfällt, die Mehrheit in der Nationalversammlung (Sobranje) ebenso wieder erhalten, wie zur Zeit des Bauerndiktators Stamboljiski. Eine Gruppe dieser Partei steht heute unter Führung Dragieffs. Sie ist die stärkste Gruppe, sucht sich systematisch zu organisieren und wird in der Zukunft noch eine große Rolle spielen. Sie erstrebt bereits jetzt die Führung der gesamten Agrarpartei. Sie verfügt über zwei Presseorgane, den „Zemljodelski Bejus“ und die „Zemljodelska Pravda“.

Die zweite Gruppe der Agrarpartei strebt eine einheitliche Front mit der ersten Gruppe an. Sie besteht hauptsächlich aus jugendlichen Elementen unter der Führung Grandtscharoffs. Da man in Bulgarien die kommunistische Partei, gerade so wie in Serbien, für vogelfrei erklärt hat, haben sich viele Kommunisten dieser Parteigruppe angeschlossen. Durch ihre Gewaltpolitik gegen den Kommunismus hat die bulgarische Regierung einen gefährlichen Agrarkommunismus geschaffen.

Die dritte Agrargruppe ist die sogenannte Partei von „Brabtschka“, genannt nach dem Lokal, in dem sie sich in der Zeit der Führerschaft Stamboljiskis versammelte. Sie steht unter der Führung der Agrarier Tomoff und Turlakoff. Sie ist im langsamen Verfall begriffen und dürfte sich in absehbarer Zeit mit einer der beiden anderen Gruppen verschmelzen. Zu dieser Gruppe gehört gegenwärtig auch die sogenannte agrarische Emigration, deren Führer in Belgrad und Prag leben, wie z. B. Kosta Todoroff, Nikola Dboff und Nedelko Atanasoff. Sie wurden von den Ländern, wo sie Gastfreundschaft genießen, mit Waffen und

Geldmitteln versehen und tragen sich mit dem Plane eines bewaffneten Einfalles in Bulgarien.

In bulgarischen Regierungskreisen kennt man diese Sachlage und man hat an der serbisch-bulgarischen Grenze genügende Abwehrstreitkräfte konzentriert. Die Entfesselung einer Revolution vom Auslande aus ist jedoch ziemlich unwahrscheinlich, es sei denn, daß die Revolution gegen das heutige Regime im Lande selbst ausbricht. Dies ist bis jetzt noch nicht der Fall gewesen. Immerhin gibt es in Bulgarien bereits 60—70 zerstreute Banden der Agrarpartei, von denen die Regierung behauptet, daß sie von den russischen Sowjets mit Geld und Waffen ausgerüstet worden seien. Gemeinsame Abwehr des Bolschewismus vorschüßend, sind zwischen Bulgarien, Serbien und Rumänien anläßlich der Besuche Zankoff's in Belgrad und Bukarest Abwehrmaßregeln beschlossen worden, die gleichzeitig auch zum Schutze der heutigen Dynastien in diesen Ländern — eine Art heiliger Allianz neuer Auflage — dienen sollen.

Die bürgerlichen Gruppen in dem Sobranje, teils in Opposition, teils als Stütze der heutigen Regierung, haben im Volke keinen Anhang, sondern sind lediglich städtische Parteien und stützen sich auf höchstens 15 % der Gesamtbevölkerung. Die Regierungspartei wird, weil sie aus mehr als hundert Reserveoffizieren besteht, im Volke „Eskadron“ genannt.

Die Rolle, welche die zahlreichen Mazedonier im Lande spielen, ist seit der Ermordung ihrer Führer, Todor Alexandroff, Georg Athanassoff und des Advokaten Hadshi Wassiljeff, wesentlich reduziert. Sie haben sich durch das von der Regierung Zankoff tolerierte Gemetzel untereinander, durch ganze Serien politischer Morde kampfunfähig gemacht und die mazedonische Freiheitsbewegung schwer kompromittiert.

Das Kabinett Zankoff kämpft bereits mit großen Schwierigkeiten, weil es ihm sichtlich an Autorität gebricht, die Ruhe im Lande aufrecht zu erhalten, ja selbst die öffentliche Sicherheit in der Hauptstadt zu gewährleisten. Seine Ersetzung durch ein Übergangsministerium, wenn auch aus den Reihen der „Eskadron“, aber unter der Führerschaft des von der politischen Mordepidemie nicht beschmutzten Mazedoniers Ziaptischeff, ist nicht unwahrscheinlich. Diese Kombination hat die Billigung sowohl des Führers der bürgerlichen Parteien, Malinof, als auch des Königs Boris und hat selbst in den Reihen der Offiziersliga ihre Anhänger mit dem General Lazareff an der Spitze. Der Erlaß einer allgemeinen politischen Amnestie soll den Abschluß des gegenwärtigen Regierungssystems kennzeichnen.

Die Opposition der Agrarier hat sich angesichts dieser Sachlage, soweit die Gruppe Dragieff in Betracht kommt, zu einer abwartenden Haltung entschlossen. Sie vertritt die Ansicht, daß der aus sechs kleinen Parteifractionen bestehende sogenannte demokratische Block (Demokratski Zgovor) infolge der Verschiedenheit der einzelnen Parteiinteressen in sich selbst zerfallen wird. An einen Eintritt irgend einer agrarischen

Gruppe zur Verstärkung der Regierungspartei ist nicht zu denken. Sie warten anscheinend ihre Zeit ab. Unterdessen verschlechtern sich die wirtschaftlichen Verhältnisse immer mehr, nicht zuletzt auch als Folge der schlechten vorjährigen Getreideernte und des würgenden Geld- und Kapitalmangels, hervorgerufen durch die seinerzeitige Bereitwilligkeit des Kabinetts Stamboljiski, die aus den Friedensverträgen stammenden Verpflichtungen den Siegerstaaten gegenüber zu erfüllen.

Die Unsicherheit im ganzen Lande ist noch größer als in den mazedonischen und albanischen Teilen Jugoslawiens. Draconische Gesetze verbieten jedem Dorfbewohner, länger als fünf Tage ohne Erlaubnis seinem Heimatsorte fernzubleiben, widrigenfalls er von der Gendarmerie aufgegriffen und erschossen werden kann. Dieses Gesetz ist in erster Linie gegen die Bandenbildungen und gegen das Räuberunwesen gerichtet und eine Folge der Unzulänglichkeit der militärischen und polizeilichen Organisation, wie sie der Regierung durch den Vertrag von Neuilly vorgeschrieben ist.

In dieser schwierigen Lage muß das Kabinett Zankoff jedem Drucke von Seiten der jugoslawischen Regierung nachgeben und hat einer Verständigung unter dem Vorwande gemeinsamer Abwehr gegen den Bolschewismus sowohl mit Jugoslawien als auch mit Rumänien zugestimmt.

Die geringe öffentliche Sicherheit im Lande äußert sich in der erschreckend zunehmenden Zahl politischer Attentate, der die besten Söhne des Landes auf der einen wie auf der anderen Seite täglich zum Opfer fallen und die, wenn sie außerhalb der Hauptstadt erfolgen, der breiteren Öffentlichkeit vielfach unbekannt bleiben. Der größte Prozentsatz dieser Bluttaten muß der Polizei und der Regierung zugeschrieben werden, die sich auf diese Weise skrupellos jeder Person entledigen, die dem heutigen Regime gefährlich werden könnte. Auch Bandenangriffe, selbst auf einzelne Orte, sind keine Seltenheit.

Eine eigentümliche Position nimmt in der bulgarischen Politik König Boris ein. Er ist eine kühl passive Natur, hat seit der Beendigung des Weltkrieges das Land nicht verlassen, weil er zuerst der Gefangene des Bauerntribunen Stamboljiski und jetzt des Kabinetts Zankoff und der Offiziersliga ist. Dies ist auch der Grund, weshalb sich der bereits zweiunddreißigjährige König bisher nicht vermählen konnte. Es scheint, daß man an den europäischen Höfen über die äußerst ernste und kritische Lage des Landes und des Königs selbst gut informiert ist. An König Ferdinand knüpfen sich im Lande keine politischen Kombinationen mehr an und auch er selbst dürfte jeglichem Wiedereintreten in die Politik für immer entsagt haben.

Außer den Agrariern kommen als Opposition noch die Kommunisten in Betracht, welche von Moskau unterstützt werden. Ihre Organisation ist, wie bereits erwähnt, von der Regierung aufgelöst, ebenso wie in Jugoslawien, aber als Partei ist sie derzeit im Volke selbst ein gewichtiger Faktor, was für ein Kleinbauernvolk, wie es die Bulgaren sind, sehr bemerkenswert ist.

Infolge der Gewalttätigkeiten der Offiziersliga gewinnt die republikanische Bewegung immer mehr an Anhang. Agrarier und Kommunisten sind bereits heute überzeugte Republikaner.

IV.

In Rumänien zeigte sich zu Beginn der neuen parlamentarischen Winteression, daß die durch Wahlmißbrauch zur Majorität gelangte Liberale Partei mit dem Kabinett Bratianu an der Spitze, trotz ihrer auf allen öffentlichen, politischen und sozialen Lebensgebieten offen zu Tage getretenen Mißerfolge, in der Kammer auf keinen ernstlichen Widerstand stieß, weil sich die verschiedenen oppositionellen Gruppen in vollständiger Desorganisation und Uneinigkeit befinden. Es konnte seitens Bratianus noch im Herbst des vorigen Jahres die Tatsache konstatiert werden, daß bei einem etwaigen Rücktritt der liberalen Regierung in absehbarer Zeit niemandem die Regierungsgeschäfte anvertraut werden könnten. Die von den einzelnen oppositionellen Fraktionen unternommenen Einigungsversuche, wie z. B. der siebenbürgischen Nationalpartei und der auf Grund eines agrarisch-kommunistischen Programms gewählten rumänischen Bauernpartei, der sogenannten Zaranisten, führten tatsächlich zu keinem Ergebnisse, ebenso wenig ein Verschmelzungsversuch der Avaresku-Partei mit der Fraktion des mehr geistreichen als praktischen Professors Nikolaus Jorgu.

Die finanzpolitischen Fehler der gegenwärtigen Regierung mit der zunehmenden Deflation im Gefolge haben dem Lande großen Schaden zugefügt, was sich am besten an der heutigen, noch immer weiter sinkenden rumänischen Valuta zeigt. Die Position des Kabinetts Bratianu ist in der letzten Zeit stark erschüttert und die Nachfolgerschaft dürfte, nach bereits vorher mit Bratianu verabredetem Plane, dem General Avaresku zufallen. Namentlich hat der Bruder des Ministerpräsidenten, der Finanzminister Vintila Bratianu, durch seine Mißerfolge in Anleiheangelegenheiten zur Steigerung der Unzufriedenheit wesentlich beigetragen. Der europäische und amerikanische Anleihemarkt hat darauf hingewiesen, daß ausländisches Kapital für Rumänien nur in dem Falle erhältlich sei, wenn Rumänien seine fremdenfeindliche Industrie durch eine andere ersetze, seine Eisenbahnen und die Erbschätze des Landes verpfände und eine Finanzkontrolle zulasse.

Die Regierung Bratianu und ihre liberale Partei sind nichts weniger als liberal, sondern national-chauvinistisch. Dieser Chauvinismus kommt zum Ausdruck in den jeder Kultur und Zivilisation hohnsprechenden Unterdrückungen der früher zur österreichisch-ungarischen Monarchie gehörigen Gebiete, speziell der deutschen und madjarischen Minderheiten.

Es ist bemerkenswert, daß die sogenannte Vereinigung zu einem Großrumänien, d. h. die Vereinigung des gesamten Rumänentums zu einem sogenannten „Einheitsstaate“ bewirkt hat, daß über alle neu-erworbenen Gebiete der große Belagerungszustand verhängt werden mußte und daß dort in den meisten Orten mit Standgerichten gearbeitet

wird. Die Achillesferse des rumänischen Staates ist aber Bessarabien, welches die Rumänen sich widerrechtlich angeeignet haben, nachdem Rußland, das Rumänien im Weltkriege gerettet hatte, zusammengebrochen war. Die seinerzeitige Anerkennung Bessarabiens als ein integrierender Bestandteil Rumäniens im Pariser Protokoll ist seither hinfällig geworden, weil infolge der Anerkennung der heutigen russischen Regierung durch Italien und Japan diese beiden Mächte das damalige Protokoll, das nur von England und Frankreich unterzeichnet worden war, nicht mehr unterzeichnen wollen. Dadurch ist dessen Ratifizierung nicht mehr möglich.

Rumänien ist unter den Balkanstaaten das an Erdschätzen reichste Land, auch ist es bis vor dem Kriege eine Kornkammer Europas gewesen. Infolge der verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik liegen diese Schätze zum großen Teile brach. Eine ebenso verfehlte Bodenreform ist weniger dem Bauernstande als einzelnen Spekulanten und Banken zugute gekommen. Alles das hat bewirkt, daß Rumänien derzeit so gut wie keine Getreide- und Viehausfuhr hat.

Mit großer Angst sieht man in Rumänien der Zukunft entgegen, nachdem in Moskau nicht nur die Rückgabe Bessarabiens, sondern auch der Bukowina und der Moldau gefordert wird. Ein günstiger Boden für die bolschewistische Propaganda sind namentlich die neuerworbenen Gebiete. Die Sowjets haben durch Gründung der rumänischen Moldau-republik an der Mündung des Dnjesters in das Meer eine gefährliche Propagandabasis geschaffen. Die Zeit arbeitet für Rußland, ganz gleichgültig unter welchem Regime es sich in der Zukunft befinden wird.

Die Politik gegenüber den nationalen Minderheiten, welche mehr als dreieinhalb Millionen, also fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung betragen, widerspricht direkt den Bestimmungen der Friedensverträge. Man versucht nicht nur eine gewaltsame Rumanisierung der anderen Nationalitäten, sondern man trachtet auch die Minderheiten überall zu pauperisieren, indem man ihnen unter den verschiedensten Vorwänden ihre Häuser und ihren Grund und Boden wegnimmt. Dazu kommt eine vollständige Verderbtheit der gesamten Beamtenschaft, wie sie ihresgleichen auf dem ganzen Balkan nicht findet.

In den meisten großen Städten bildet die Polizei selbst Räuber- und Erpreßerbanden, welche die Bevölkerung brandschätzen. Die meisten Eisenbahnstationen in Neu-Rumänien sind auf die Erpressung an Reisenden und aller jener, die Transportgüter aufgeben, eingerichtet. Dazu kommt noch das von der Regierung geförderte Bestreben der orthodoxen Kirche, das blühende protestantische, römisch-katholische und rumänisch unierte Kirchentum auszumerzen und ihre Befenner nicht nur zu entnationalisieren, sondern sogar der orthodoxen Kirche zuzuführen.

Alle diese Verhältnisse haben in Rumänien eine tiefgehende Gärung erzeugt, die sich über kurz oder lang in gewaltsamer Weise äußern dürfte.

Eine besondere Spezialität Rumäniens sind auch die Tag für Tag sich ereignenden Eisenbahnunglücke (Unfälle, Zusammenstöße, Brückeneinstürze), welchen jährlich Hunderte von Reisenden zum Opfer fallen.

In Siebenbürgen wurden sie zum Teil dadurch verursacht, daß man das geschulte, zumeist aus Deutschen und Ungarn bestehende Personal wegen Unkenntnis der rumänischen Sprache fortjagte und durch gänzlich unerfahrenes rumänisches ersetzte. Anders steht es bezüglich der Eisenbahnunfälle in der Bukowina und in Bessarabien, wo Tag für Tag eine Brücke oder ein Stationsgebäude von unbekannten Tätern mit Krasit oder Dynamit in die Luft gesprengt wird. Alles Folgen der Unzufriedenheit und der bolschewistischen Propagandatätigkeit.

Jeder unparteiische Beobachter muß zugeben, daß die Vereinigung aller Rumänen zu einem Staate Zustände gezeitigt hat, die direkt dem entgegenstehen, was die neu hinzugekommenen Gebiete erhofft haben, gerade wie in Jugoslawien. Das alte Königreich behandelt die angeblich befreiten Gebiete als Kolonien und Ausbeutungsobjekte, obwohl die dortige Bevölkerung, genau wie in Jugoslawien, in kultureller und zivilisatorischer Beziehung viel höher steht und sich daher ohne Unterschied der Nationalität und Konfession — dazu gehören selbst die siebenbürgischen Rumänen — aus staatlichen Verhältnissen heraushebt, die sich von allem Anfange an als unerträglich erwiesen haben.

V.

Was die übrigen Balkanstaaten betrifft, so haben die Zustände in Albanien gezeigt, daß trotz offizieller und geheuchelter Verständigung zwischen Italien und Jugoslawien beide Staaten einen erbitterten Kampf um ihren Einfluß in Albanien führen.

Die ganze revolutionäre Bewegung gegen das von Italien unterstützte Regime Fan Nolis ging von Serbien aus. Sogar mit Artillerie wurden die Verschwörer versehen und das Ganze war ein verkappter Krieg Serbiens gegen die damalige albanische Regierung. Auch in diesem Falle hat der Völkerbund wieder versagt und sich durch nichts sagende Versicherungen abspesen lassen.

In Griechenland fehlt es an jeder Autorität. Jeden Tag bringen die Zeitungen Nachrichten von Militär- und Marinerevoluten und Insubordinationen. Der Kampf zwischen Republikanern und Monarchisten wütet weiter. Griechenland, dem nach den Balkankriegen eine bedeutende politische Machtstellung zukam, ist heute durch den unglücklichen Krieg gegen die Türkei und durch die Gegensätze zwischen König Konstantin und Venizelos, sowie durch seine inneren politischen Zwistigkeiten völlig gelähmt und es muß heute um jeden Preis den Anschluß an die kleine Entente, insbesondere an Jugoslawien suchen.

Auch in der heutigen Türkei ist die politische Lage eine schwierige, weil Kemal Pascha und Fzmet Pascha, die sich als hervorragende Organisatoren und Strategen in militärischer Beziehung gezeigt hatten, in politischer Beziehung in allzu schroffer und übereilter Weise die innere Modernisierung der Türkei in Angriff genommen und sich dadurch die Gegnerschaft der Geistlichkeit (der Hodschas) zugezogen haben, die noch immer einen großen Einfluß auf den anatolischen Bauern aus-

zuüben in der Lage ist. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhange die Feststellung, daß das türkische Volk in allen Kriegen Hervorragendes geleistet hat, daß es aber selbst nach erfolgreichen Kriegen den inneren Zerfall aufzuhalten nicht im Stande ist und erst durch neue Kriege wieder sich auch innerlich konsolidiert.

Gedanken zum 18. Kapitel des Machiavelli.

Von August Schmid.

Machiavellis Werk „Der Fürst“ gehört zu den lehrreichsten Büchern über den Staat, die jemals geschrieben worden sind. Und wiederum enthält darin das 18. Kapitel die wichtigsten Gedanken. Es ist ungemein reizvoll, die allgemeine politische Lage des letzten Jahrzehnts einmal vom Standpunkt jener Abhandlung aus zu betrachten. Da das Buch wohl vielen Lesern nicht zur Hand ist, sei hier jenes 18. Kapitel wiedergegeben.¹⁾

Achtzehntes Kapitel.

Wie ein Fürst sein Versprechen und Wort halten müsse.

„Jedem ist es klar, daß es lobenswert ist, wenn ein Fürst sein Wort hält, und mit Rechtschaffenheit und ohne Hinterlist seinen Weg geht. Allein die Erfahrung unserer Tage lehrt uns, daß bloß jene Fürsten mächtig geworden sind, die es mit Treu und Glauben leicht nahmen und sich darauf verstanden, andere zu täuschen und zu betrügen, und daß jene, welche redlich ihre Verbindlichkeiten befolgten, am Ende übel wegkamen.

Zuvörderst muß man daher wissen, daß man mit zweierlei Waffen kämpfen könne; d. h. mit den Gesetzen und mit der Gewalt. Die erste Art ist Sache der Menschen, die zweite Sache der wilden Tiere. Aber bei der Unzulänglichkeit der ersteren muß man öfters zur letzteren seine Zuflucht nehmen. Ein Fürst muß also die Rolle eines Menschen und jene einer Bestie zu spielen verstehen. Dies wollten uns die Alten unter dem Bilde des Achilles und anderer Fürsten vorstellen, von denen sie erzählen, sie seien dem Zentauren Chiron zur Erziehung übergeben worden. Dies will nichts anderes sagen, als daß, weil der Lehrer halb Tier und halb Mensch war, auch dessen Schüler beide Eigenschaften annehmen mußten, weil die eine ohne die andere nicht lange bestehen könne.

Da nun ein Fürst genötigt ist, die Rolle eines wilden Tieres gut zu spielen, muß er sich den Fuchs und den Löwen zum Muster nehmen; der Löwe nämlich entgeht den Netzen nicht, der Fuchs entwischt dem Wolfe nicht. Er muß daher ein Fuchs sein, um die Schlingen zu wittern

¹⁾ Übersetzt von F. N. Baur. Neu bearbeitet von Hanns Floerke. Verlag der Deutschen Bibliothek in Berlin.